

## Antwort

### der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Volker Wissing, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
– Drucksache 16/9849 –**

### Das Sparen der Bundesregierung

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Sparen ist laut „Der Brockhaus“ der „Verzicht auf die Verwendung von Einkommen für gegenwärtigen Konsum zugunsten zukünftigen Konsums oder langfristiger Vermögensbildung“. Nachdem im Bundeshaushalt weder auf die „Verwendung von Einkommen“ verzichtet, geschweige denn eine langfristige Vermögensbildung stattfindet, stellt sich für viele Bürgerinnen und Bürger die Frage, worin das „Sparen“ der Bundesregierung eigentlich besteht.

In krassm Widerspruch zur Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger steht die Auffassung des Bundesministers der Finanzen, der laut Interview mit dem Deutschlandradio vom 4. Juli 2007 die Befürchtung hat, der Staat könne sich „ins Koma sparen“.

Seit 2005 ist das Ausgabevolumen um 28,9 Mrd. Euro bzw. 11,36 Prozent gestiegen. Allein der Etat des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) hat sich seit 2005 um 606 Mio. Euro bzw. 15 Prozent erhöht. Das BMF liegt damit sogar über dem durchschnittlichen Gesamtzuwachs der Ausgaben der Einzelpläne in diesem Zeitraum. Gerade das BMF steht mit seinen Ausgaben für den Sparwillen einer Bundesregierung.

#### Vorbemerkung der Bundesregierung

In den Vorbemerkungen zur Kleinen Anfrage wird u. a. festgestellt, dass sich der Etat des BMF seit 2005 um 606 Mio. Euro bzw. 15 Prozent erhöht habe. Der Einzelplan 08 liege damit sogar über dem durchschnittlichen Gesamtzuwachs aller Einzelpläne in diesem Zeitraum.

Diese pauschale Betrachtungsweise lässt eine grundlegende Systemumstellung außer Betracht und führt damit zu falschen Schlussfolgerungen. Mit dem Bundeshaushalt 2006 wurden auf Grund des Beschlusses des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages die bisher zentral im Einzelplan 33 veranschlagten Versorgungsausgaben in die Ressorteinzelpläne umgesetzt. Auf Grund dieser systematischen Umstellung in der Veranschlagung erhöhte sich das Ausgabe-

volumen des Einzelplans 08 um 774 Mio. Euro. Das Ausgabevolumen des Bundeshaushalts insgesamt wurde dadurch nicht verändert.

Bereinigt um die Auswirkungen der Dezentralisierung der Versorgungsausgaben ist das veranschlagte Ausgabevolumen des Einzelplan 08 seit dem Jahr 2005 sogar um 4,5 Prozent gesunken und lag in keinem Jahr über der Steigerungsrate für den Gesamthaushalt.

1. Inwiefern hat die Bundesregierung seit 2005 „Verzicht auf die Verwendung von Einkommen für gegenwärtigen Konsum zugunsten zukünftigen Konsums oder langfristiger Vermögensbildung“ geübt?

Der Ausdruck „Verzicht auf die Verwendung von Einkommen für gegenwärtigen Konsum zu Gunsten zukünftigen Konsums oder langfristiger Vermögensbildung“ ist kein gängiger Begriff der öffentlichen Finanzwirtschaft. Für staatliche Kreditaufnahme sowie Ersparnisbildung werden vielmehr die Begriffe „Defizit“ oder „Nettokreditaufnahme“ bzw. „Überschuss“ verwendet.

Diese entwickeln sich für den Gesamtstaat sowie für den Bund von 2005 bis zum Ende des Finanzplanzeitraums 2012 folgendermaßen:

Entwicklung des Staatsdefizits 2005 bis 2012 in vom Hundert des Bruttoinlandsprodukts (BIP) (-Defizit/+Überschuss), Maastrichtabgrenzung

2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
- 3,4	- 1,6	+ 0,1	- 0	+ 0	+ 0,5	+ 1	+ 1

Entwicklung der Nettokreditaufnahme des Bundes 2005 bis 2012 in Mrd. Euro

Ist 2005	Ist 2006	Ist 2007	Soll 2008	RegE 2009	Fpl. 2010	Fpl. 2011	Fpl. 2012
31,2	27,9	14,3	11,9	10,5	6	0	0

2. Wie definiert die Bundesregierung in Anbetracht der Entwicklung des Ausgabevolumens des Bundeshaushaltes seit 2005 den Begriff „sparen“?

Die Bundesregierung beteiligt sich nicht an der Definition von Begriffen. In Reden oder anderen öffentlichen Äußerungen wird der Begriff des „Sparens“ jedoch oftmals als Synonym für das Wort Haushaltskonsolidierung verwendet. Diese umfasst alle finanzpolitischen Maßnahmen zum Abbau eines Defizits durch Veränderungen der Ausgaben und Einnahmen in Höhe und Struktur.

3. Sind nach Ansicht der Bundesregierung kontinuierliche steigende Ausgaben des Bundes mit dem Begriff „sparen“ vereinbar, und wie begründet die Bundesregierung ihre diesbezügliche Auffassung?

Die Ausgaben des Bundes folgen im Zeitraum von 2005 bis zum Ende des Finanzplanzeitraums 2012 folgender Entwicklung:

Entwicklung der Ausgaben des Bundes 2005 bis 2012 in Mrd. Euro

Ist 2005	Ist 2006	Ist 2007	Soll 2008	RegE 2009	Fpl. 2010	Fpl. 2011	Fpl. 2012
259,8	261,0	270,4	283,2	288,4	292,4	295,2	300,6

Dies entspricht einer jahresdurchschnittlichen Ausgabensteigerungsrate von 2,1 Prozent. Die Ausgabenentwicklung liegt damit unterhalb der Veränderungsrate des BIP, sodass die Ausgabenquote des Bundes (Anteil der Bundesausgaben am BIP) weiter von 11,6 Prozent (Ist 2005) über 11,3 Prozent (Soll 2008) auf 10,6 Prozent (Fpl. 2012) sinkt. Die Beanspruchung der gesamtwirtschaftlichen Produktion durch den Bund ist damit deutlich rückläufig. Ausgaben erhöhende Sondereffekte wie die Weiterleitung der Einnahmen aus einem Mehrwertsteuerpunkt an die Bundesagentur für Arbeit zur Senkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung wurden hierbei noch nicht berücksichtigt.

Die Ausgabenquote erreicht am Ende des Finanzplanzeitraums einen historischen Tiefststand. Die Entwicklung ist ein eindrucksvoller Beleg für die bereits erzielten Konsolidierungserfolge sowie die anhaltenden Konsolidierungsanstrengungen der Bundesregierung.

4. Welche Zahlen sind nach Ansicht der Bundesregierung geeignet, um den Sparwillen der Bundesregierung darzustellen?

Der nachhaltige Konsolidierungswille der Bundesregierung ist an einer Vielzahl von Kennziffern ablesbar. Gebräuchliche Indikatoren sind beispielsweise: Nettokreditaufnahme, Defizitquote, Schuldenstand und -quote, Primärsaldo, Kreditfinanzierungsquote, Zins-Steuerquote, Staatsquote, Ausgabenquote des Bundes, Tragfähigkeitslücke.

5. Sind die Sparbemühungen des BMF nach Ansicht der Bundesregierung vorbildlich, und wie begründet das BMF seine diesbezügliche Auffassung?

Die Haushaltskonsolidierung ist ein wichtiges Ziel der gesamten Bundesregierung. Die in diesem Kontext stehenden Einsparbemühungen des Ressorts BMF drücken sich im Einzelplan 08 aus, der – wie auch der Bundeshaushaltsplan insgesamt – vom Bundeskabinett beschlossen und damit von der Bundesregierung unterstützt wird.

Darüber hinaus wurden die Konsolidierungsbemühungen des BMF in seinem eigenen Geschäftsbereich auch im Rahmen der parlamentarischen Beratungen der letzten Jahre positiv gewürdigt. Ausweislich des Kurzprotokolls der 31. Sitzung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages (Beratung Haushalt 2007) wurde dem Einzelplan 08 auch aus den Oppositionsfraktionen attestiert, ein Haushalt zu sein, in dem Einsparungen realisiert worden sind. Bemerkenswert ist auch die Bewertung in der 56. Sitzung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages (Beratung Haushalt 2008, Protokoll des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages vom 14. November 2007, S. 23) durch die Abgeordnete Ulrike Flach, FDP: „Aus Sicht ihrer Fraktion sei dieser Haushalt, im Gegensatz zu vielen anderen, nicht sonderlich problematisch.“

6. In welchen Bereichen hat das BMF seit Beginn der 16. Legislaturperiode Kürzungen vorgenommen, und wie hoch waren die mit den einzelnen Maßnahmen jeweils verbundenen Einsparvolumina?

Die bereits oben angesprochenen Konsolidierungsbemühungen des Ressorts BMF betreffen weitgehend alle Bereiche und waren insbesondere nur erzielbar durch strenge Vorgaben für das Verfahren der Haushaltsaufstellung. Die Vorgaben führten sowohl bei der ressortinternen Erstellung des Haushaltsvoranschlages wie auch bei den BMF-internen Etatverhandlungen zu einer restriktiven Ermittlung der unbedingt notwendigen Maßnahmen und des daraus resul-

tierenden Mittelbedarfs. Die in diesem Verfahren gar nicht erst in die Haushaltsverhandlungen eingebrachten bzw. in den Haushaltsverhandlungen abgelehnten Maßnahmen, Projekte oder Vorhaben werden nicht systematisch erfasst und lassen sich deshalb weder auflisten noch dem Volumen nach bestimmen.

Der Einzelplan 08 ist im Wesentlichen ein Verwaltungshaushalt, geprägt durch einen großen Personalbestand (rund 45 000 aktive Bedienstete) und einen dementsprechend hohen Bestand an Versorgungsempfängern. So hat das BMF nach dem Einzelplan 14 (Verteidigung) unter den Bundesressorts die höchsten Versorgungsausgaben im Bundshaushalt zu tragen. Der Personalausgabenanteil liegt insgesamt bei über 50 Prozent. Einsparungen sind hier nur unter Berücksichtigung der personalrechtlichen und personalwirtschaftlichen Bedingungen möglich.

7. Welche Ausgabenposten innerhalb des Einzelplanes 8 sind seit 2005 gestiegen, und welche Gründe waren dafür jeweils ausschlaggebend?
8. Welche zusätzlichen Aufgaben hat das BMF seit 2005 übernommen, die einen entsprechenden Anstieg des Ausgabevolumens des Einzelplanes 8 rechtfertigen?

Die Fragen 7 und 8 werden im Zusammenhang beantwortet.

Seit dem Jahr 2005 sind im Geschäftsbereich des BMF folgende Ausgabenposten deutlich gestiegen bzw. neu hinzugekommen, die jeweils auf neue Aufgaben zurückzuführen sind:

Lfd. Nr.	Ausgabenposten/Aufgabe	Aufwuchs in 2008 gegenüber 2005 – in Mio. Euro –
1.	Dezentralisierung der Versorgung der Beamtinnen und Beamten (Umsetzung aus Einzelplan 33)	789
2.	Zentrale Veranschlagung der Darlehen an die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben für Baumaßnahmen des Bundes	155
3.	Vergabe und Versendung des steuerlichen Identifikationsmerkmals durch das Bundeszentralamt für Steuern; hier Druck- und Portokosten	34
4.	Anerkennungsleistung für Arbeit im Ghetto ohne Zwang. Voraussichtlich werden für diesen Zweck aus dem Einzelplan 08 insgesamt rund 100 Mio. Euro bereitgestellt.	30

9. Welche Maßnahmen, Projekte, Vorhaben etc. hat das BMF seit 2005 aus Spargründen nicht durchgeführt, und welchen geschätzten Kostenvolumina entsprechen die einzelnen nicht durchgeführten Vorhaben?

Siehe Antwort zu Frage 6.

10. Enthält der aktuelle Haushalt des BMF noch Einsparreserven, und wenn ja, auf welche Summe belaufen sich diese, und wie begründet das BMF seine diesbezügliche Auffassung?
11. Wenn nein, sind nach Auffassung des BMF sämtliche Ausgaben zur Wahrnehmung seiner hoheitlichen Aufgaben unabdingbar, und wie begründet das BMF seine diesbezügliche Auffassung?

Die Fragen 10 und 11 werden im Zusammenhang beantwortet.

Der Einzelplan 08 des Bundeshaushalts 2008 ist so aufgestellt und von den parlamentarischen Gremien gebilligt worden, dass er die zur Erfüllung aller Aufgaben im Geschäftsbereich des BMF absehbar notwendigen Haushaltsmittel enthält. Einsparreserven sind nicht eingeplant worden.

Soweit sich bei der Haushaltsführung im Rahmen der wirtschaftlichen und sparsamen Mittelverwaltung ein bei der Haushaltsaufstellung nicht vorhergesehener Minderbedarf ergibt und soweit dieser Minderbedarf nicht zur Deckung eines bei der Haushaltsaufstellung nicht vorhergesehenen Mehrbedarfs durch Ausschöpfung der vom Haushaltsgesetzgeber gegebenen Möglichkeiten innerhalb der verfügbaren Haushaltsmittel des Einzelplan 08 herangezogen werden muss, führt dies zu einer Nichtinanspruchnahme der bewilligten Haushaltsmittel und damit letztlich zu einer Entlastung der Nettokreditaufnahme. Soweit also Einsparungen im Rahmen der Haushaltsführung erkennbar werden, werden sie auch realisiert und nicht als Einsparreserven vorgehalten.

12. Wann wäre aus Sicht des BMF ein Stadium erreicht, in dem der Staat sich „ins Koma spart“, und wie weit ist der Staat nach Ansicht des BMF noch von diesem Stadium entfernt?

Das Zitat „ins Koma sparen“ ist als Metapher zu verstehen und soll zum Ausdruck bringen, dass Konsolidierungsmaßnahmen nur dann langfristig erfolgreich sein werden, wenn sie nicht durch Kürzungen bei wachstumsrelevanten Ausgaben erfolgen. Ansonsten bestünde langfristig die Gefahr einer zunehmenden Inflexibilität und sinkenden Handlungsfähigkeit der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Insbesondere die Herausforderungen der Globalisierung und Bevölkerungsalterung verlangen nicht nur die quantitative Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, sondern auch deren qualitative Verbesserung. Nur mit einer nachhaltig wachstumsfördernden Umstrukturierung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben wird ein dauerhaft höherer Wachstumspfad erreichbar sein. Dies würde bei vollständiger Wiedergabe des von den Fragestellern zitierten Interviews des BMF am 4. Juli 2007 beim Deutschlandradio deutlich.

Der finanzpolitische Kurs der Bundesregierung folgt einer Doppelstrategie und ist geprägt durch konsequente Konsolidierung sowie die gezielte Förderung zukunftsorientierter Bereiche. Die Gefahr des „ins Koma sparens“ ist damit gerade nicht gegeben. Zwar besteht unzweifelhaft weiterer Handlungsbedarf, da ein weiterhin hoher Anteil des Bundeshaushalts durch Zins- und Sozialausgaben gebunden ist. Die Politik der Bundesregierung hat jedoch bereits deutlich zu einer Stärkung der Bereiche Familie, Forschung und Entwicklung, Bildung, Infrastruktur und Entwicklungshilfe und damit zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung beigetragen.

13. Welche Sparleistungen hat das BMF seit 2005 erbracht, die über diejenigen der anderen Ressorts hinausgingen?
14. Inwieweit lässt sich an den Haushaltszahlen ablesen, dass das BMF seit 2005 eine höhere Einsparung erwirtschaftet, als z. B. die Bundesministerien für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Wirtschaft und Technologie, Verkehr, Bau und Stadtentwicklung bzw. Bildung und Forschung?

Die Fragen 13 und 14 werden im Zusammenhang beantwortet.

Ein Vergleich der in den verschiedenen Einzelplänen erbrachten Einsparungen ist schon wegen der sehr unterschiedlichen Ausgabenstruktur nicht sinnvoll. Wie bereits oben geschildert, handelt es sich beim Einzelplan 08 um einen Verwaltungshaushalt mit einem hohen Personalausgabenanteil. Demgegenüber sind die Einzelpläne der in Frage 14 genannten Ressorts stärker geprägt durch Ausgaben auf Grund von Leistungsgesetzen, Investitions- und Programmausgaben, die auch in höherem Maße der politischen Prioritätensetzung unterliegen.



